

Bernhard Sutor

Kirchenprotest in Deutschland – und wie damit umgehen?

Zum kirchengeschichtlichen Kontext

Wer die katholische Kirche in Deutschland in den beiden Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg noch bewusst erlebt hat, für den war öffentlicher Protest von Gläubigen gegen kirchliche Autoritäten und Ordnungen lange unvorstellbar. Die damalige Kirche stand einig und geschlossen da. Papst Pius XII. und die Bischöfe waren unbezweifelbare Autoritäten. Die deutsche Kirche schien unbeschädigt und bewährt aus dem Kampf mit dem Nationalsozialismus hervorgegangen. Der sonntägliche Gottesdienstbesuch der Katholiken lag über 50 Prozent. Die katholischen Vereine und Verbände waren wieder erstanden, katholische Bildungs- und Sozialeinrichtungen waren anerkannt. Die Rechtsstellung der Kirche im neuen demokratischen Staat war gesichert, ihr Einfluss auf Gesellschaft und Politik war stark. Katholiken und Kirche hatten maßgeblichen Anteil am Wiederaufbau des Landes. Herausragende katholische Intellektuelle wurden in Kirche und Öffentlichkeit gehört.

Aber dieses äußere Bild täuschte über innere Probleme hinweg. Intern wurde über Vieles kritisch diskutiert. Pater Ivo Zeiger (SJ) hatte schon auf dem ersten Nachkriegskatholikentag in Mainz 1948 Deutschland als Missionsland bezeichnet. Warum empfanden so viele Gläubige in den 60er Jahren das Konzil wie eine Befreiung? Hinter der glänzenden Fassade des „Hauses voll Glorie“ rumorte es längst. Der Eindruck wurde unabweisbar, die Kirche finde sich in der modernen Welt von Wissenschaft, Technik, Medien, im zunehmenden Pluralismus der Gesellschaft nicht zurecht; sie erreiche die Menschen in ihrem realen Leben immer weniger. In der kirchlichen Verkündigung wurde über den Abfall der modernen Welt von Gott, von Glauben und Kirche geklagt. Aber nachdenkliche Christen fragten zunehmend auch umgekehrt, ob denn die Kirche ihrerseits in ihrer Sprache, in ihren Normen und Formen die Menschen noch erreiche; ob sie moderne Welt und die in ihr selbstverständlich gewordenen Freiheitsansprüche der Menschen hinlänglich verstehe. Konservative Katholiken haben für den schon während des Konzils einsetzenden, danach sich beschleunigenden innerkirchlichen Wandlungsprozess einschließlich der Lockerung und Lösung mancher Bindungen das Konzil selbst ver-

antwortlich gemacht. Dem hat zum Beispiel Kardinal Volk, ein selbst grundkonservativer Priester und Theologe, entgegengehalten: Es ist vielmehr umgekehrt; ohne das Konzil mit seinen neuen Orientierungen stünden wir den neuen Fragen viel hilfloser gegenüber.

Formen, Phasen und Anlässe von Protesten

Schlagartig begonnen haben die öffentlichen Proteste 1968 auf dem Essener Katholikentag. Lautstarke Gruppen junger Leute versuchten systematisch, Veranstaltungen zu stören, „umzufunktionieren“, wie man es an den Universitäten nannte; verteilten Flugblätter, die in aggressiver Sprache, für katholische Ohren bis dahin völlig ungewohnt, gegen kirchliche Autoritäten und Normen protestierten; zogen mit Transparenten durch öffentliche Veranstaltungen, sogar durch Gottesdienste, um auf diese Weise über das Fernsehen die große Öffentlichkeit zu erreichen. Der Hauptgegenstand des Protestes war in Essen die einige Wochen zuvor erschienene Enzyklika „Humanae Vitae“ von Paul VI. mit dem Verbot künstlicher Empfängnisverhütung.

Die Proteste setzten sich in dieser massiven Form nicht fort, blieben eher die Ausnahme. Aber es war ein Damm gebrochen, Hemmschwellen gegenüber der Sakralität des kirchlichen und dem kirchlichen Amt überschritten. Es bildeten sich Gruppen, die dem Protest eine gewisse Kontinuität gaben; lose Verbindungen, z.B. der Freckenhorster Priesterkreis und die „Initiative Kirche von unten“ (ikvu). Sie fanden eine publizistische Stütze in der Zeitschrift „Publik-Forum“, ein in freier Initiative von einigen Journalisten zum Erfolg geführtes Organ, nachdem die Bischöfe ihre eigene Gründung, die katholische Wochenzeitung „Publik“, nach drei Jahren 1972 wieder eingestellt hatten. Das war ein Symptom für die innere Situation des deutschen Katholizismus. Er war in sich pluralistischer geworden, war aber nicht in der Lage, diesen Pluralismus gemeinsam auszuhalten. Eine gesellschaftlich-politische Einheitsfront der deutschen Katholiken gab es seit den 70er Jahren nicht mehr. Auch das Zentralkomitee der Katholiken, dessen Mitglied ich selbst von 1969 bis 2002 war, wandelte sich damals von einem an der Tradition ausgerichteten Honoratiorenverein zu einem Organ, das in sich heterogene Positionen zum Ausgleich bringen musste. Als Repräsentanz des organisierten Laienkatholizismus fand es auf der Basis des gemeinsamen Glaubens in wichtigen kirchlichen und gesellschaftlichen Fragen meistens zum Konsens, dieser musste aber zunehmend streitig gefunden werden.

Auf den vom Zentralkomitee getragenen Katholikentagen fand die Vielfalt der Kräfte des deutschen Katholizismus zunehmend stärkeren Ausdruck. Organisierte Protestgruppen wie die genannte ikvu, seit Mitte der 90er Jahre stärker die Bewegung „Wir sind Kirche“ nutzten die Öffentlichkeit der Katholikentage, indem sie sich mit zusätzlichen eigenen Veranstaltungen anhängten. Inzwischen sind sie aber teils auch in das offizielle Programm integriert.

Die Kirchenvolksbewegung „Wir sind Kirche“ wird im Unterschied zur ikvu, die immer eine kleine Randgruppe geblieben war, von erheblich mehr Engagierten getragen und verfügt über eine organisatorische Struktur. Sie ging aus dem „Kirchenvolksbegehren“ hervor, das von Österreich ausging (1995) und in Deutschland mit etwa 1,6 Millionen Unterschriften die stärkere Fortsetzung fand. Seither sind die von diesem „Volksbegehren“ artikulierten Reizthemen (Mitentscheidungsrechte der Laien; Gleichberechtigung der Frauen; Freistellung des Zölibats; liberalere Sexualmoral; „Frohbotschaft statt Drohbotschaft“) aus der kirchenkritischen Diskussion nicht mehr verschwunden. Zwar hatte ein so kritischer Theologe wie Johann Baptist Metz seinerzeit den Propagandisten des Kirchenvolksbegehrens vorgehalten, aus ihren Forderungen spreche eine reichlich kleinbürgerlich gefärbte Haltung, die dem christlichen Glauben den Stachel nehme. Man darf wohl auch sagen, dass das Begehren nicht gerade von theologischer Gründlichkeit zeugte. Aber inzwischen werden seine Hauptforderungen weit über den Kreis protestierender Gruppen hinaus in Theologie und kirchlicher Öffentlichkeit gründlich diskutiert. Der Protest hat die Mitte der Kirche erfasst. Er kann nicht mehr als ärgerliche Störung durch Randgruppen abgetan werden. Man muss nach seinen Anliegen und Motiven fragen.

Das gilt zumal für die sich häufenden Proteste der letzten Jahre. Inzwischen protestieren Gläubige, die sich seit langem ehrenamtlich in der Kirche engagieren, in Pfarrgemeinderäten und Vereinsgruppen; also, um den Typus versuchsweise zu konkretisieren: die Vorsitzende eines örtlichen Frauenbundes, die zugleich in der CSU mitarbeitet; ein mir persönlich verbundener langjähriger Vorsitzender eines Diözesanrates und Mitglied des Zentralkomitees, der sich an einer Mahnwache gegen seinen Bischof beteiligt; übrigens zunehmend auch Priester; Pfarrer die ausdrücken wollen: So kann es nicht weitergehen. Es geht in der Mehrzahl dieser Proteste nicht um die oben genannten Reizthemen (Zölibat, Frauen, wiederverheiratete Geschiedene). Diese kommen zwar vor, sie stecken in oder hinter den äußeren Fragen und Anlässen, die Katholiken dazu bewegen, mit Unterschriftensammlungen und öffentlichem Protest, mit Flugblättern und Transparenten ausgerüstet in die Öffentlichkeit zu gehen.

In der Presse werden immer wieder Beispiele von der Gemeindeebene berichtet. In vielen Diözesen gibt es Proteste z. B., weil ein in der Gemeinde beliebter Pfarrer wegen Verstoßes gegen kirchliche Normen suspendiert wird. Im Bistum Essen protestierte eine Gemeinde gegen die Auflösung ihrer Pfarrei, versammelte sich mit einem pensionierten Priester weiter zum Gottesdienst, bis ihnen die Kirche gesperrt wurde; eine lebendige Gemeinde wurde also „von oben“ dicht gemacht. In Limburg protestierte eine engagierte Glaubensgemeinschaft, weil ihr bisher als lebendig erfahrener Pastoraler Raum aufgelöst und auf drei neue Pfarrverbände verteilt werden sollte. In Regensburg protestierten vor einigen Jahren langjährig engagierte Laien, weil ihr Bischof im Alleingang, ohne seine Mitbrüder, geschweige denn die Laienvertreter zu fragen, die Rechtsgrundlage der Laienräte änderte.

Der Streit über neue, größere pastorale Einheiten wird auch auf diözesaner Ebene öffentlich geführt. Viele Gläubige sehen sich bei der Planung übergangen. In Aachen gab es solche Proteste schon vor Jahren. In Augsburg wurden sie in diesem Jahr besonders heftig, vor allem gegen das Vorhaben, sonntägliche Wortgottesfeiern zu untersagen und die kleinen Gemeinden samt ihren Laienvertretungen aufzulösen. In Freiburg unterschrieben kürzlich mehr als 200 Pfarrer einen offenen Brief, der eine neue Form der Pastoral für wiederverheiratete Geschiedene fordert. Die Beispiele ließen sich fortsetzen.

Defizite in der innerkirchlichen Kommunikation

Dass sich die kirchlichen Amtsträger schwer tun, mit Kritik und Protest angemessen umzugehen, ist verständlich. Nach Glauben und Selbstverständnis ist die Kirche göttlichen Ursprungs, beauftragt mit der Verkündigung geoffenbarter Wahrheit und mit der Anleitung ihrer Glieder zu einem Leben nach dem Glauben. Das soll mit geistlicher Autorität geschehen, mit von Christus verliehener Vollmacht, ein Begriff, den man als theologische Kategorie dem von Protestgruppen oft ins Feld geführten profanen Machtbegriff entgegenhält. Aber die Kirche ist zugleich eine sehr irdische, menschliche Einrichtung, eine Institution, die auch Macht ausübt, eine Gemeinschaft vieler Gemeinschaften mit all den Fehlern und Schwächen, die es unter Menschen gibt. Ihre Formen der Verkündigung, der Selbstdarstellung und Amtsausübung sind zeitbedingt und wandelbar. Heute stellt sich mit neuer Dringlichkeit die Frage, wie ein geistlich-autoritatives Amt in unserer Zeit ausgeübt werden kann; denn in dieser profanen Welt ist es eine sperrige Größe, mag es noch so gut in der kirchlichen Tradition begründet sein.

Nun hält gerade diese Tradition, wenn man nicht nur auf die letzten 200 Jahre schaut, auch eine Antwort auf unsere Frage bereit. Das geistliche Amt darf und soll immer kommunikativ wahrgenommen werden. Aus dem dritten Jahrhundert der Kirche stammt der Satz von Bischof Cyprian (um 250): Nichts ohne den Bischof – nichts ohne den Rat der Priester – nichts ohne Zustimmung des Volkes. Das heißt nicht ständiges Palaver, endlose Diskussionen, es braucht vielmehr geordnete Formen. In der Kirche waren das durch lange Jahrhunderte auf allen Ebenen Synoden, dem jeweiligen Amt zugeordnete Räte. Sie sind leider verkümmert.

Das Zweite Vatikanum hat ihre Erneuerung in neuen Formen angestoßen. In Deutschland haben wir die Instrumente, die eine gute geordnete Kommunikation, auch zwischen Amt und Laien, möglich machen sollten. Aber unsere Amtsinhaber, Bischöfe wie Priester, wissen sie immer noch nicht recht zu nutzen. Manche reden sogar verächtlich vom „Gremienkatholizismus“. Heute zeigt sich im Protest „von unten“, dass man z.B. versäumt hat, die gewachsenen Bindungen von Gläubigen an ihre Ortskirche für die Entwicklung von Eigeninitiative und Eigenverantwortung der Laien am Ort fruchtbar zu machen. Stattdessen will man sie – aus gut gemeinter theologischer Theorie – zwingen, sich irgendwo am Sonntag zur Eucharistie zu versammeln; als sei das Gemeindebildung. Bischöfe und Ordinariate, die durch solche Proteste nur ihre aus ihrer Sicht gut begründeten Planungen gestört sehen, sollten sich fragen, was ihnen lieber ist, der Protest der Engagierten oder Resignation oder lautloser Auszug.

Wir haben in der deutschen Kirche aus den nach dem Konzil entwickelten Räten zu wenig im Sinn eines guten Zusammenwirkens von Priestern und Laien gemacht. Wo Gesprächsforen fehlen oder wo vorhandene nicht genutzt werden, suchen sich Kritik und Protest andere, informelle, oft auch fragwürdige Wege. Wie kommt es, dass in den profanen Medien die Wortführer kleiner informeller Gruppen durchweg mehr Gehör finden als die gewählten Repräsentanten der Katholiken? Liegt ein Grund nicht darin, dass unsere Amtsinhaber die Laienvertreter nicht erkennbar als ihre Gesprächspartner anerkannt haben?

Jede Diözese hat einen Diözesanrat, ein mögliches, aber zu wenig genutztes Forum öffentlicher Meinungsbildung, die auch in der Kirche nötig ist. Auf Bundesebene werden die kirchlichen Fragen einerseits in der Bischofskonferenz hinter verschlossenen Türen erörtert; über Meinungsverschiedenheiten dringen nur Gerüchte nach außen. Andererseits diskutiert das Zentralkomitee der Katholiken öffentlich und in den vergangenen Jahren zunehmend kontrovers. Es sah aber bis

zum Ausbruch des „Missbrauchsskandals“ (2010) nicht so aus, als machten diese Diskussionen auf die Bischöfe besonderen Eindruck. Der eine oder andere erwog vielmehr schon einmal angesichts missliebiger Aussagen im Zentralkomitee, diesem die kirchlichen Gelder zu streichen; im wesentlichen Steuern der Laienchristen. Es gibt sogar seit langem eine gemeinsame Konferenz zwischen Bischöfen und Zentralkomitee. Bis zum 2011 begonnenen „Dialogprozess“ hat diese aber offensichtlich kaum zu stärkerer Gemeinsamkeit zwischen Bischöfen und Laienrepräsentanz geführt.

Defizite im Umgang mit den Medien

Beklagenswerte Defizite gibt es trotz gutgemeinter Bemühungen auch im gesamten Feld der Medien. Es gibt eine Vielzahl katholischer Blätter und Blättchen. Aber der finanziell potenteren deutschen Kirche ist es nie gelungen, eine repräsentative Zeitung zu etablieren, die journalistisch gekonnt auf angemessenem intellektuellem Niveau das Gespräch zwischen Kirche und Öffentlichkeit führen würde. Das Experiment „Publik“ wurde 1972 abgebrochen. Der immer als konservativ geltende „Rheinische Merkur“ war noch konservativeren Bischöfen schließlich auch lästig, so dass man ihn 2010 endgültig fallen ließ. Die weitverbreitete Illustrierte „Weltbild“ wurde irgendwann aus unerfindlichen Gründen eingestellt. Um den Medienkonzern, aus dem sie kam, macht man sich erst Gedanken, seit er durch einige „schräge“ Titel in die Schlagzeilen geriet. Die „Tagespost“, von einigen Bistümern finanziell unterstützt, geriert sich als orthodoxer Glaubenswächter und polemisiert gegen alles, was nicht alle geheiligten Traditionen der Kirche anerkennt. Die Bistumsblätter sind eher amtliche Verlautbarungs- und Berichtsorgane als Foren kirchlicher Meinungsbildung. Sie bewegen sich entsprechend seit langem auf schiefer Ebene nach unten.

Die Pressereferate der Diözesen scheinen allmählich zu lernen, wie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit heute gemacht werden muss. Es gibt aber nach wie vor Grund zu der Annahme, dass sie am kurzen Zügel geführt werden. Gerade auf diesem Feld müssen die Bischöfe lernen, Laien als Professionellen auf ihrem Feld einen größeren Vertrauensvorschuss zu geben, sie frei arbeiten zu lassen. Die sich wiederholenden Diskussionen um KNA zeigen, dass es daran immer noch hapert. Konflikte wird es immer geben, aber zu ihrer Beilegung gibt es Gespräche und Regeln. Man muss nicht bei jedem „Ausrutscher“ eines kirchlichen Mitarbeiters dem Ruf der „Rechtgläubigen“ nach Maßregelung und Entlassung folgen. Kirche in pluralistischer Gesell-

schaft muss mehr Freiheit lassen und darf Konflikte nicht scheuen. Nur dann kann sie das Protestpotential integrieren. Wer den Eindruck hat, er dürfe seine Meinung nicht sagen oder er werde nicht gehört, geht nach draußen und schimpft.

Es ist verständlich, wenn kirchliche Amtsinhaber aus ihrem Selbstverständnis darauf bestehen, die Kirche habe aber doch die überlieferten Glaubenswahrheiten zu verkünden und ihnen gegenüber Gehorsam zu fordern. Das ist im Prinzip richtig, hilft aber als autoritär verfochtene Position heute nicht mehr weiter. Auch Verkündigung und Glaubenslehre müssen sich heute kommunikativer Formen bedienen. Vieles, was in früheren katholischen Milieus selbstverständlich war, wird heute nicht mehr gelebt, teils nicht mehr verstanden, von Nachdenklichen auch gezielt hinterfragt. In der profanen Medienwelt, in der wir alle heute leben, sind Kirche, ihre Lehren und Forderungen ohnedies nur noch eine Position unter vielen. Erfahrungsgemäß tun sich aber viele unserer Bischöfe schon schwer, in den Medien klug und überzeugend aufzutreten, können oft auch die Wirkung ihrer Aussagen nicht einschätzen.

Begründungsmängel in Lehre und Pastoral

Auch die Glaubens- und Moralfragen brauchen heute das innerkirchliche Gespräch. Gerade Menschen, denen Glauben und Kirche noch etwas bedeuten, wollen und brauchen Begründungen, damit sie selbst im Glauben gesprächsfähig werden. Sie wollen sich nicht mehr begnügen mit der Berufung der Amtsträger auf ihre Autorität. Glaubensgespräche tun not. Das fängt bei scheinbaren Kleinigkeiten an.

Nachdenkliche Christen entdecken heute Widersprüche im bisher Gewohnten und Hingenommenen. Dazu einfache Beispiele: Wir hören im Evangelium: Ihr sollt euch nicht Vater nennen; nur einer ist euer Vater. Aber in unserer Kirche wimmelt es von Patres bis hinauf zum obersten Pater, der sogar Heiliger Vater genannt wird. Im eucharistischen Hochgebet soll es künftig statt „für alle“ wieder „für viele“ heißen, mit der Begründung, das sei dem authentischen Wort Jesu näher. Das kann man nachvollziehen, auch wenn man weiß, dass bestimmte Kreise von Traditionalisten aus Gründen der Abgrenzung gegen andere auf diese Änderung gedrungen haben. Nur ist es mit dem Befolgen des Wortlauts so eine Sache. Das Kelchwort Jesu lautet nach der Überlieferung der Evangelien: Nehmet und trinket alle daraus. Hier folgt die Kirche nicht dem Wortlaut, und es gab Zeiten, in denen die „Kelchanhänger“ blutig verfolgt wurden. Das lässt sich alles erklären, aber man muss es auch erklären.

Nehmen wir die gravierendere Frage aus der ständigen kirchlichen Diskussion, den Ausschluss der wiederverheirateten Geschiedenen von den Sakramenten. Er wird mit dem Wort Jesu begründet: Was Gott verbunden hat, dass soll der Mensch nicht trennen. An der Stelle im Evangelium steht aber nichts darüber, wie man mit solchen umgehen soll, die sich dennoch getrennt haben. Die Kirche lehrt, die Ehe sei ein lebenslang gültiges sakramentales Band, unauflöslich. Das kann man als Glaubenslehre nachvollziehen; auch dass im Scheitern von Ehen Schuld vorliegt, Sünde. Ein Sakrament kann man nicht rückgängig machen. Aber die Priesterweihe ist auch ein Sakrament, und doch werden Priester laisert. Welche Rechte also Geschiedene und nach weltlichem Recht Wiederverheiratete in der Kirche haben und welche nicht, das ist nicht Glaubenslehre, sondern kirchliches Recht. Nicht wenige prominente Moraltheologen und Kirchenrechtler behaupten, das jetzige Recht folge nicht zwingend aus der Glaubenslehre.

Ich will darüber hier gar nicht rechten, sondern nur auf die Dringlichkeit hinweisen, im Gespräch über Glauben, Kirche und Pastoral strenger zwischen Glaubenslehren und moralischen oder rechtlichen Normen zu unterscheiden. Moral und Recht gehören nicht zum Bereich des Dogmas. Die Kirche hat keine einzige moralische Norm dogmatisiert. Auf diesem Feld verlangen Christen, die mit ihrer Kirche leben wollen, mit Recht viel mehr als früher Vernunftgründe. Und wenn Papst Benedikt nicht müde wird zu sagen, Glaube und Vernunft müssten miteinander verbunden werden, dann verkündet er nicht nur ein Grunderfordernis für die Zukunft des christlichen Glaubens in der profanen Welt; er formuliert damit auch ein Recht der Gläubigen, auch für die Glaubenswahrheiten einsichtige Begründungen aus der Offenbarung zu erhalten.

Communio statt Autorität und Gehorsam

Unsere Überlegungen zum Protest in der Kirche haben uns bis zu den – zugegeben – schwer lösbarer Fragen nach zeitgemäßer Glaubensverkündigung und Pastoral geführt. Das ist nicht überraschend, denn sie stecken hinter den zunehmenden Protesten, auch wenn diese sich in ungewohnten und manchmal unangenehmen Formen äußern. Auf die tiefer sitzenden Fragen haben wir alle noch keine Antwort. Aber eben deshalb müssen alle, denen Glaube und Kirche noch etwas bedeuten, gemeinsam nach Antworten und Lösungen suchen: Priester und Laien. Es überzeugt nicht, diese Grundforderung nach kommunikativer Lehre und Pastoral abzutun mit dem Argument, entscheidend

komme es auf Erneuerung und Vertiefung des Glaubens an. Ich setze dagegen die These, dass eben diese Erneuerung nur gemeinsam gelingen kann, und das heißt, nur im Gespräch, nur in der Communio der einen Kirche, die nicht mehr im alten Verhältnis von Autorität und Gehorsam geführt werden kann. Wenn Christsein immer weniger eine soziale Selbstverständlichkeit ist, immer mehr Sache persönlicher Entscheidung wird, dann ist das alte Verhältnis gar nicht mehr denkbar.

Aus meiner Kenntnis naheliegender Einwände sei nur noch hinzugefügt, dass diese Vorstellung von der Kirche als einer Communio der Gläubigen, die sich ihrer kommunikativen Formen des Miteinanders im kirchlichen Alltag bedient, nichts zu tun hat mit dem, wovor der junge Theologe Josef Ratzinger schon 1966 auf dem Bamberger Katholikentag gewarnt hat, als wir zum ersten Mal im deutschen Katholizismus über Folgerungen aus dem Konzil für Deutschland diskutierten. Er warnte vor einem „Christentum zu herabgesetzten Preisen“. Überlieferte Regeln und Normen zu hinterfragen, nach Begründungen und notwendigen Änderungen zu fragen, das heißt nicht, den ernsten Anspruch des Evangeliums in Frage zu stellen. Im Gegenteil, eine lebendige kirchliche Communio könnte und müsste auf der Grundlage des Evangeliums in der heutigen profanen Wohlstandsgesellschaft alternative Formen des Lebens und Handelns zeugnishaft entwickeln. Die Ansätze dazu haben wir sogar, in kleinen aktiven Gruppen ebenso wie in den großen Hilfswerken der deutschen Kirche, aus denen wir pastoral viel zu wenig machen. Die Angst vor liberal oberflächlicher Verharmlosung des Glaubens, zu der leider nicht wenige nach dem Konzil leichtfertig beigetragen haben, wurde bei kirchlichen Amtsträgern zunehmend zur Angst vor Reformen. Aber an denen kommen wir nicht vorbei, wenn das Konzil, wie wiederum Papst Benedikt sagt, in einer „Hermeneutik der Reform“ ausgelegt werden muss.